Abend-Ausgabe

Deutsche Allgemeine Zeitung

Preis 40 Pfg.

Donnerstag, 29. Dezember 1921

Erscheint wochentags morgens, Sonntags und Montags einmal mit folgenden Beilagen: Sonnabendnummer in den Morgen-Ausgaben: Sonntags Bilder-Chronik, Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport, Kraft und Stoff, Weltwerkehr, Reisen und Wandern; Dienstags Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport; Mittwochs Bilder-Chronik, Unterhaltung — Frau und Welt — Sport; Donnerstags Unterhaltung — Lehren und Lernen — Sport; Freitags Bilder-Chronik, Unterhaltung — Wirtschaft und Recht — Sport; Sonnabends Unterhaltung — Frau und Welt — Sport

Schriftleitung Berlin Kochstraße 30-32 Fernspr. Sammel-Nr. 48 Wilhelm; Geschäftsstelle Berlin Kochstraße 30-32 Fernspr. Sammel-Nr. 48 Wilhelm; Postscheck Berlin Nr. 107941

Bezugspreis monatlich ℳ 18,— frei Haus, wenn morgens und abends von Haus. Man bestellt in Groß-Berlin beim Verlag, außerhalb bei der Post. In Fällen höherer Gewalt Betriebsstörung oder Streik besteht kein Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigen werden über Annahme in einer bestimmten Morgen- oder Abend-Ausgabe entgegengenommen zum Tagespreise von ℳ 4 — für die 33 mm breite mm-Zeile, für Anzeigen mit Ortsbezug, bzw. ℳ 12,— für die 67 mm breite mm-Zeile im Reklameteil. Anzeigen in den äußeren Bezirken werden nach besonderem Tarif berechnet.

Nr. 600
60. Jahrg.
B 226

Tages-Spiegel.

Sarraut hat vor der maritimen Kommission in Washington die endgültige Erklärung abgegeben, daß Frankreich auf 90 000 Tonnen für die U-Boote bestehen müsse.

*

Die Botschafterkonferenz billigte gestern den Vorschlag der Generalkommission, das Burgenland am 1. Januar Ungarn zu übergeben.

*

Die jugoslawische Regierung hat wegen der neuen Einfälle der Albanier in die neutrale Zone eine Protestnote an den Obersten Rat gesandt.

*

Der griechische Ministerpräsident Gunaris ist in Begleitung des Außenministers in Rom eingetroffen.

Spanien und Frankreich.

Allen Lockungen und Drohungen zum Trotze hat Spanien während des Weltkrieges gegen Deutschland seine Neutralität unverbrüchlich aufrechterhalten. Von dieser Zeit aber rührt eine Spannung zwischen Spanien und Frankreich her, die mit der Zeit mehr und mehr der Oeffentlichkeit offenbar geworden ist.

Als die Rifkabyllenge in Marokko, an ihrer Spitze Abd el Krim und Raisuli, die Waffen erhoben, da gab es in Spanien nur die eine Meinung, daß französische Heereslen dazu ihr gut Teil beigetragen hätten, auch von französischen Gelds- und Waffenlieferungen war unverhohlen die Rede. Wurde doch seinerzeit nach einer Meldung des Blattes „La Banguardia" in Barcelona ein französischer Major wegen Waffenschmuggels an Marokkaner zu 30 Jahren Zwangsarbeit, weitere französische Offiziere sehr empfindlich bestraft. In Frankreich andererseits scheute man sich nicht, die unglaublich aktive Behauptung aufzustellen, daß Deutschland hinter den Marokkanerunruhen stünde. Als ob wir gerade nicht andere Sorgen genug hätten, als dem befreundeten Spanien in Marokko Schwierigkeiten zu bereiten! — Deutschland denkt nicht daran, die rechtlichen und natürlichen Ansprüche Spaniens auf Marokko irgendwie zu bestreiten.

Die zwischen Frankreich und Spanien bestehende Spannung trat aber noch mehr in die Erscheinung, als am 10. November die französische Regierung den aus dem Jahre 1918 stammenden modus vivendi der französisch-spanischen Zollregelung kündigte, der bis dahin von drei zu drei Monaten stillschweigend erneuert worden war. Daß Spanien an diesem brüsken Vorgehen seines Nachbarn seine Schuld trägt, hat der Staatsminister Hontoria am 12. Dezember vor der spanischen Kammer ausführlich begründet. Nach seinen Darlegungen hat die spanische Regierung, um eine Verlängerung des modus vivendi zu erreichen, Zugeständnisse bis zu den Grenzen des Möglichen gemacht. Ein besonderer Streitpunkt war die Frage der spanischen Valutaschläge. Die spanische Regierung hat die Zusicherung abgegeben, daß sie beabsichtige, diese Zuschläge mit Einführung des neuen spanischen Zolltarifs zu beseitigen. Frankreich habe an Spanien Forderungen gestellt, die dieses Land ohne Schädigung seiner Beziehungen zu anderen Ländern nicht zu erfüllen in der Lage gewesen sei, ohne andererseits die Verpflichtungen zu Gegenleistungen anzuerkennen. Staatsminister Hontoria kündigte gleichzeitig ein Rotbuch an, in dem die Einzelheiten der Verhandlungen zwischen Spanien und Frankreich dargelegt werden sollten.

Nach den Mitteilungen des Staatsministers Hontoria scheint die spanische Regierung in der Tat alles getan zu haben, um die friedlichen Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich fortbestehen zu können. Deutschland kennt die imperialistische Politik Frankreichs zur Genüge. Auch in Washington, wo die Führer der amerikanischen Nation alles daransetzen, die Menschheit vom Albdruck kommender Kriege nach Möglichkeit zu befreien, zeigt sich Frankreich als Störenfried. Frankreichs Verhalten gegen Spanien trägt ebenfalls nicht dazu bei, den Weltfrieden zu sichern. Die schweren Folgen des augenblicklichen Zollkrieges müssen auf die politischen Beziehungen beider Länder verstimmt wirken.

Spanien hat im Weltkriege seinen Friedenswillen unter großen Opfern bewahrt. Das ist der beste Beweis dafür, daß es auch jetzt bemüht gewesen ist, die Konfliktsstoffe möglichst zu beseitigen. C. G.

Die Regelung deutsch-amerikanischer Verbindlichkeiten.

W. T. B. meldet:

Auf Grund des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages vom 25. August 1921 sind den Vereinigten Staaten von Amerika das Recht zu, innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Vertrages ihren Beitritt zu dem bekannten im Vertrage von Versailles geregelten Schadensausgleichsverfahren zu erklären.

Da die Regierung der Vereinigten Staaten eine solche Erklärung innerhalb der vorgesehenen Frist nicht abgegeben hat, kommt das Ausgleichsverfahren für die Regelung von Verbindlichkeiten zwischen Deutschen und Angehörigen der Vereinigten Staaten nicht in Frage. Dies ist durch den Reichsminister für Wiederaufbau in dem am 28. Dezember 1921 ausgegebenen Reichsgesetzbl. Nr. 117 bekanntgemacht worden. Mit dem Ablauf dieses Tages tritt damit das in dem Ausführungsgesetz zum Friedensvertrag vom 31. August 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1580) enthaltene Zahlungs- und Zahlungsannahmeverbot gegenüber den Vereinigten Staaten außer Kraft.

Somit steht nunmehr der unmittelbaren Regelung deutscher Verbindlichkeiten gegenüber Angehörigen der Vereinigten Staaten nichts mehr im Wege.

Wiederaufbau des Handels mit Rußland.

Zur Pariser Finanzkonferenz.

Paris, 29. Dezember (W. T. B.)

Ueber den Zweck der morgen beginnenden Beratungen alliierter Sachverständiger aus Handel, Industrie und Finanzen schreibt der „Matin", es handele sich um die Schaffung eines Konsortiums zur Wiederaufrichtung des Handels in Rußland. Es sei ein rein privates Unternehmen, die Regierungen wollten sich fernhalten, das Unternehmen zu ermutigen und zu kontrollieren, es würden aber keine Staatsgelder dafür aufgewandt werden. Die Amerikaner sollen aufgefordert werden, an dem Unternehmen teilzunehmen, das sich nicht lediglich auf Rußland beschränken, sondern alle Fragen bearbeiten werde, die Mitteleuropa betreffen. Auch den Deutschen werde eine Beteiligung gleich den anderen Großstaaten angeboten werden, unter der Bedingung jedoch, daß die Hälfte des deutschen Anteils an Reparationszahlungen stehen bleiben werde. Diese Konferenz und dieses Konsortium mit Privatkapital habe nichts zu tun mit der internationalen Konferenz zur Gründung des Wechselkurses, die Anfang Februar vermutlich in Genf stattfinden werde. Die hiesige Konferenz würde jedenfalls auch Rußland teilnehmen.

Während in der englischen Presse der Meinung Ausdruck gegeben wird, daß die Nachricht über bevorstehende direkte Verhandlungen zwischen der Reiseregierung und England „höchstens verfrüht" seien, leugnet die französische Presse das Bestehen einer derartigen Absicht völlig.

So erklärt „Journal des Débats", es könne nach Auskunft aus diplomatischen und offiziellen Kreisen bestätigen, daß keine Konferenz zwischen Lloyd George und Lenin mit Tschitscherin und Litwinow geplant sei. Nur Verhandlungen allgemeiner Art, die die Wiederaufrichtung des Wirtschaftslebens in Rußland zum Ziele haben, seien ins Auge gefaßt worden. An unmittelbare Verhandlungen mit der Sowjetregierung werde nicht gedacht werden, bevor alle finanziellen und politischen Garantien sichergestellt seien, die die Grundlage jeder Erörterung bilden müßten.

Die große Europakonferenz.

Englische Pressestimmen.

London, 29. Dezember. (W. T. B.)

Die Londoner Blätter melden zu dem Vorschlag, eine Wirtschaftskonferenz auf die Reparationskonferenz folgen zu lassen und Deutschland sowie Rußland zur Teilnahme einzuladen, es sei sicher der Wunsch und die Absicht Englands, eine allgemeine Konferenz über Wirtschaftsfragen abzuhalten. „Daily Mail" bezeichnet den mit den französischen Ministern und die Einladung der Finanz- und Handelssachverständigen seien Schritte in dieser Richtung. Der Erfolg würde jedoch von den Beschlüssen des Obersten Rates abhängen.

„Evening Standard" ist der Auffassung, daß Rußland sich dem Standpunkte der Verbündeten allmählich genähert habe. Es bestehe die Möglichkeit, daß die Konferenz in Cannes zu einer Annäherung der Sowjetregierung sowohl an die Alliierten, als auch an die Vereinigten Staaten führen werde.

„Manchester Guardian" gibt in einem Leitartikel der Meinung Ausdruck, daß die Meldung über eine bevorstehende Einladung an Tschitscherin und Litwinow, nach London zu kommen, höchstens verfrüht sei. Rußland und Deutschland, sagt das Blatt, halten die Schlüssel zu dem wirtschaftlichen Durcheinander in Europa in Händen und Rußland nach Ansicht vieler Leute den Hauptschlüssel.

„Wall Mall and Globe" schreibt, Englands Hilfe für Rußland als Kunden nötig und befolge nicht darauf, daß die Hilfe zunächst mit der Aufrechnung auch ein Neumundbesitzgesetz beginne. Wenn die amtlichen Beziehungen zu Rußland nicht bald wiederhergestellt würden, so würde Deutschland das russische Wirtschaftsleben sofort mit seinem eigenen verquicken, den russischen Handel von sich abhängig machen, Englands einen Kunden wegnehmen und sich ein Monopol auf die russischen Rohstoffe sichern. Lloyd George werde vielleicht innerhalb seines eigenen Kabinetts einen Kampf zu gewärtigen haben. Minister Churchill und Churchill Kinder, wird es heißt, den Zielen der Konferenz von Cannes keineswegs wohlwollend gegenüber.

Die Vorbereitungen für Cannes.

Paris, 28. Dezember. (W. T. B.)

Wie der „Temps" mitteilt, werden an den Beratungen der Vorbereitungen der Konferenz von Cannes, die unter dem Vorsitz des Ministers Bouchier am Sonnabend in Paris beginnen, auch Vertreter der Delegierten der italienischen und der belgischen Regierung teilnehmen. Für Italien wird dessen Handelsminister als Vertreter erwartet.

London, 29. Dezember. (W. T. B.) Reuter zufolge wird der Hauptteil der britischen Mission — etwa 20 Personen — am Sonntag morgen nach Cannes abfahren. Heute begeben sich u. a. Worthington Evans, Sir Basil Blackett von Schatzamt, Lord Inverclyde, Sir Robert Kindersley mit ihren Stäben nach Paris, am Freitag und Sonnabend die Finanzkonferenzen stattfinden.

Brüssel, 29. Dezember. (T. U.) Der belgische Ministerrat beschäftigte sich außerhalb mit der Frage der Reparationen und besonders der belgischen Priorität angesichts der Konferenz von Cannes. Hymans, der mit einer Unterfuchung der Reparationsfrage beauftragt worden war, erklärte, daß das belgische Prioritätsrecht nach immer unangetastet sei.

Entscheidung der Botschafterkonferenz über die Deutschen Werke A.-G.

Die Botschafterkonferenz hat gestern die Entscheidung über die Deutschen Werke A.-G. getroffen. Der Beschluß der Konferenz wird der deutschen Regierung durch die Interalliierte Militärkontrollkommission mitgeteilt werden. An der hiesigen zuständigen Stelle liegt bisher eine Mitteilung über den Inhalt dieses Beschlusses nicht vor.

Der Londoner Reparationsplan.

Frankreich gegen eine Revision.

London, 29. Dezember. (W. T. B.)

„Daily Express" zufolge hat Präsident Harding nunmehr endgültig beschlossen, keine Wirtschaftskonferenz einzuberufen; dagegen werde er versuchen, vom Kongreß die Befugnis zu erhalten, eine Regelung der Schulden unter den Verbündeten zustande zu bringen. Eine allgemeine Revision des Londoner Reparationszahlungsplanes stehe augenblicklich nicht auf dem Programm der Konferenz von Cannes. Einem solchen würde sich Frankreich und auch Belgien im gegenwärtigen Stadium bis zum äußersten widersetzen. Der Oberste Rat werde in Cannes jedoch zu entscheiden haben, was Deutschland in bar oder in Waren während des Jahres 1922 zu zahlen habe.

Belgien, Deutschland und Sowjetrußland würden an einer internationalen Konferenz für europäische Wirtschaftsfragen teilnehmen. Sowjetrußland werde aber zu der Konferenz nur eingeladen werden können, wenn es endgültige Zusagen gebe, daß in Zukunft seine Finanzen und Wirtschaftspolitik wie im Verbalten bezüglich des Schutzes des Privateigentums, des internationalen Handels und der Handelsgesetzgebung in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der zivilisierten Regierungen stehen werden.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

Paris, 28. Dezember. (W. T. B.) Wie die „Liberté" erfährt, hat die Reparationskommission sich in ihrer heutigen Sitzung erneut mit der Frage der deutschen Kohlenlieferungen befaßt. Die zwei Morgenblätter dieser gemeldet hatten. Ueber diese Frage werde erst in einer späteren Sitzung beraten werden.

Sarrauts Erklärung zur U-Bootfrage.

Die Erwiderungen Hughes und Balfours.

Paris, 29. Dezember. (W. T. B.)

Nach einer Havasmeldung aus Washington hat gestern vor der maritimen Kommission der Delegierte Frankreichs Sarraut die offenbar endgültige Erklärung abgegeben, daß Frankreich keine geringere Tonnage als 330 000 Tonnen für die Hilfsschiffe und 90 000 Tonnen für die U-Boote beanspruchen werde. Die britischen und japanischen Delegierten hätten erklärt, daß sie sich angesichts des Verlangens Frankreichs ihre Haltung in der Frage der Tonnage der Hilfsschiffe vorbehalten müßten.

Havas meldet weiter:

Nachdem Sarraut die Erklärung über die Haltung Frankreichs in der Unterseebootsfrage abgegeben hatte, ergriff Staatssekretär Hughes das Wort und dankte Frankreich, daß es bezüglich der Großkampfschiffe Opfer auf sich genommen habe. Er sprach aber sein Bedauern aus, daß Frankreich keine gleichen Opfer hinsichtlich der Unterseeboote und der Hilfsschiffe bringe.

Balfour sprach sich in gleichem Sinne aus. Das von Frankreich ins Auge gefaßte Programm erfordere als Bedrohung Englands. Englands neue infolgedessen eine Verteidigungsstreitmacht gegen die Flotte von U-Booten bauen müssen, die in nächster Nähe seines Gebietes geschaffen werde.

Paris, 29. Dezember. (W. T. B.) Der Marineausschuß der Konferenz hat gestern eine Sitzung ab, um Erklärungen des Marineministers über die Verhandlungen in Washington entgegenzunehmen. Der Ausschuß beschloß, das Ministerium zu verpflichten, die maritimen Interessen Frankreichs energisch zu unterstützen, das eine genügend starke Flotte nötig habe, um seine Küsten, seine Kolonien und die Freiheit seiner Seewege zu schützen.

Bevorstehender Abschluß der Konferenz.

P. **London**, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Die Ursache, daß sowohl die englischen wie die französischen Sachverständigen Anstalten zur Abreise treffen, bestätigt die Vermutung, daß die Konferenz in Kürze abgeschlossen werden wird, und daß die Frage der Rüstungsbeschränkungen zu Lande auf dieser Konferenz nicht mehr behandelt werden wird. „Morning Post" bemerkt dazu, daß dieses Problem eigentlich ein europäisches sei, welches Amerika nur indirekt berühre. Es sei nicht unwahrscheinlich, daß der Gedanke einer europäischen Abrüstungskonferenz im nächsten Frühjahr aufgenommen werde.

Gegen den französischen Militarismus.

London, 29. Dezember. (W. T. B.)

Einer Reutermeldung aus Washington zufolge wird von den Delegierten auf der Washingtoner Konferenz erklärt, die Forderung Frankreichs nach einem Minimum von 90 000 Tonnen für seine U-Boots-Flottille habe die Tür für jedes Uebereinkommen geschlossen.

„Daily Telegraph" schreibt: Frankreich habe den Weg für die Lösung, die Amerika, England und Japan herbeiführen wünschen, verperrt. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß starker Unwille in den Vereinigten Staaten gegen Frankreich herrsche. Auf allen Seiten erhebe sich Widerspruch gegen den französischen Militarismus. Die Franzosen seien durch den Gang der Ereignisse sehr gereizt und erklärten, die Amerikaner verständen die politische Lage in Paris nicht.

Das Burgenland an Ungarn.

Paris, 28. Dezember. (W. T. B.)

Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich heute mit der Frage der Volksabstimmung in Oedenburg. Sie billigte die Vorschläge des Nationalrates der Generale, das Gebiet an Ungarn am 1. Januar zu übergeben.

*

Oesterreich hatte bei der Botschafterkonferenz Schritte gegen die Art und Weise unternommen, in der die Volksabstimmung in Oedenburg durchgeführt worden ist, und in einer Denkschrift seinen Rechtsstandpunkt und seine Beschwerden wiederholt. Gleich darauf wußte das ungarische Tel.-Korr.-Bureau zu melden, daß die Einwendungen Oesterreichs von der Entente nicht als stichhaltig angesehen worden würden. Dies wird durch die obige Meldung von dem Beschluß der Botschafterkonferenz bestätigt.

So wird denn ein neues Stück aus dem blutenden Körper Deutschösterreichs gewaltsam herausgerissen. Eine große Zahl deutscher Stammesgenossen wird wider seinen Willen vom Mutterlande getrennt. Wir verstehen den Schmerz, den diese Nachricht in Deutschösterreich und im Burgenlande selbst auslösen muß, voll und ganz. „Das Selbstbestimmungsrecht der Völker" kann, wie aufs neue bewiesen worden ist, durch eine Abstimmung nicht klar zutage treten. Wie in Oberschlesien, dabei Terror und andererseits allerlei Verdunkungen italienischer Kriegsschiffe aus jugoslawischen Häfen besteht.

Graz, 29. Dezember. Die „Tagespost" meldet aus Pola: Um weitere Zusammenstöße zu verhindern, hat das Militär in Sebenico die wichtigsten Punkte besetzt. Der italienische Konsul hat sich auf ein italienisches Kriegsschiff begeben.

Das deutsche Eigentum in Elsaß-Lothringen.

Paris, 29. Dezember. (W. T. B.) Die Kammer, die gestern die Beratungen über die Sequestrierung der deutschen Vermögen in Elsaß-Lothringen, vor allen Dingen über die Sequestrierung der Kaliwerken, fortsetzte, ist nunmehr mit einem Antrage des Sozialisten Uhry befaßt worden, der die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission verlangt, die die von ihm vorgebrachten Mißstände prüfen soll.

Der Zwischenfall von Sebenico.

Graz, 28. Dezember. (W. T. B.)

Die „Tagespost" meldet aus Belgrad:

Der italienische Gesandte hat dem jugoslawischen Ministerpräsidenten wegen der Vorfälle in Sebenico eine Protestnote übersandt. Der jugoslawische Ministerrat hat beschlossen, einen besonderen Beamten nach Sebenico zu entsenden, der die Vorfälle in der Stadt untersuchen soll. Nach der gleichen Quelle sind während des gestrigen Tages mehrere italienische Kriegsschiffe in den Gewässern von Sebenico und Spalato angekommen.

Die „Tagespost" meldet aus Agram: Die akademische Jugend hielt heute eine große Protestversammlung gegen die von den Italienern in Dalmatien vorgenommenen Verhaftungen ab und verurteilte sodann vor dem hiesigen italienischen Konsulat eine große italienfeindliche Kundgebung.

*

Wir hatten über die Vorfälle in Sebenico berichtet. Am ersten Weihnachtsfeiertage ist es dort zwischen Matrosen eines italienischen Kriegsschiffes und südslawischen Einwohnern zu Zusammenstößen gekommen.

Die jugoslawische Regierung hat ebenfalls eine Note nach Rom gerichtet, in der sie Aufklärungen verlangt und auf der Entfernung italienischer Kriegsschiffe aus jugoslawischen Häfen besteht.

Anmeldung von Aufruhrschäden in Oberschlesien.

W. T. B. meldet: Sach- und Personenschäden, die durch die polnische Aufstandsbewegung in Oberschlesien seit dem 11. Februar 1920 entstanden sind, können von den aufständischen Oberschlesiern wohnenden Geschädigten noch bis zum 31. 1. 1922 bei der Geschäftsstelle des Reichs- und Staatskommissars für die Ermittelung der Aufstandsschäden in Oberschlesien, Oppeln, Malapanerstraße 18 angemeldet werden. Mit einer weiteren Fristsetzung der Anmeldefrist kann unter keinen Umständen mehr gerechnet werden.

Der Eisenbahnerstreik.

Keine weitere Ausdehnung.

Eine Ausdehnung des Streiks der Eisenbahner in den Bezirken des rheinisch-westfälischen Industriegebiets auf andere Teile des Reichs ist bis heute mittag nicht erfolgt. Die Streikbewegung beschränkt sich vielmehr bisher auf die Bezirke Köln, Elberfeld und Essen. In Köln wird nach den heute vormittag hier eingegangenen Berichten der Betrieb aufrechterhalten. Heute vormittag findet dort eine Versammlung der Funktionäre des Eisenbahnerverbandes statt, es soll sich angeblich bis 2 Uhr entscheiden, ob in den Streik eingetreten wird oder nicht.

Im Elberfelder Bezirk hat sich die Lage insofern verschlechtert, als an den wichtigsten Eisenbahnpunkten Barmen und Hagen kleine Teilstreiks ausgebrochen sind. In Hagen streiken die Arbeiter des Eisenbahnwerkstätten. An verschiedenen Stellen ist von den Streikenden der Betrieb behindert worden. Es soll zur Aufrechterhaltung des Betriebs Schutzpolizei eingesetzt werden.

Der Streik beschränkt sich, soweit er ausgebrochen ist, auf die Arbeiter. Beamte sind nirgends in den Streik eingetreten.

Ueber die Vorgeschichte des Streiks sind in einer Anzahl von Blättern unrichtige Mitteilungen enthalten. Der Reichsverkehrsminister hat bei den Verhandlungen am 23. und 24. Dezember den Vertretern der Großorganisationen erklärt, daß eine allgemeine Verschuldenbeilegung an alle Arbeiter nach den Wünschen der Reichsregierung nicht möglich sei.

Er hat sich aber ausdrücklich bereit erklärt, mit den Großorganisationen darüber zu beraten, wie zu solchen Orten, an denen sich ein starkes Anziehen der Industriekohlen bemerkbar gemacht hat, eine Angleichung der Löhne der Eisenbahner an die Industriekohlen in einer für die Regierung erträglichen Weise herbeigeführt werden könnte. Bei den weiteren Besprechungen über Einzelheiten haben dann die Großorganisationen unter Vorlegung gewichtiger Gründe eine Heraushebung einzelner Orte oder Wirtschaftsgebiete unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht als tatsächlich gleichend und ihre Forderungen auf eine allgemeine Vorschußzahlung wiederholt.

Der Vertreter des Verkehrsministers hat damals zum Ausdruck gebracht, daß dieser Antrag wegen seiner Rückwirkung auf die übrigen Ressorts nur durch die gesamte Reichsregierung behandelt und entschieden werden könne. Die größte Eisenbahnergewerkschaft hat bei dieser Besprechung mit dem Ministerialreferenten mitgeteilt, daß sie aus ihrer Zentrale einige Vertreter in die bedrohten westlichen Bezirke entsandt habe mit dem Auftrag, beruhigend auf die Arbeiterschaft zu wirken.

Um so überraschender war für die Regierung die Nachricht, daß am 27. Dezember durch die Bezirksleitungen der Eisenbahnergewerkschaften ein Ultimatum gestellt worden sei, des Inhalts, daß noch vor Neujahr für alle verheirateten männlichen Arbeiter ein Vorschuß von 1000 ℳ und für ledige sowie weibliche Arbeiter ein solcher von 750 ℳ zu zahlen sei, und daß in den Streik eingetreten werden solle, falls nicht bis zum Mittwoch nachmittags 2 Uhr die Bewilligung erfolgt sei. Eine solche Forderung war in den Verhandlungen mit den Großorganisationen niemals erhoben worden.

Das Reichskabinett hat sich, wie gemeldet, in seiner gestrigen Sitzung einstimmig auf den Standpunkt gestellt, daß die unter Streikdrohung gestellten Forderungen nicht bewilligt werden könnten, da gegenwärtig ein ungekündigtes Tarifabkommen des Reichsverkehrsministeriums mit dem Eisenbahnerverband besteht und daß das Vorgehen der Eisenbahner einen Tarifbruch darstellt.

Die Gerüchte, daß die Regierung bereit sei, in Verhandlungen mit den Eisenbahnern einzutreten, wenn gewisse Voraussetzungen von dieser Seite erfüllt würden, sind, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, unbegründet.

Eine Entschließung der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, die dem deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossen ist, hat in ihrem Vorstand heute folgendes beschlossen:

„Die Bewegung in den Direktionsbezirken Elberfeld, Köln und Essen ist als wilde Bewegung anzusehen. Die Zentralleitung der Gewerkschaft lehnt die Teilnahme daran ab.

Die Gewerkschaft befindet sich mit dem Reichsverkehrsministerium im Stadium der Verhandlungen mit dem Ziele, eine vernünftige Detailklasseneinteilung für die Arbeiter mit nichtseinender Kraft und eine Gleichstellung mit den in der Privatindustrie gezahlten Löhnen unbeschadet der im Zahlmaus zu erwartenden Regelung zu erreichen. Die Verhandlungen sind nach den bestehenden gewerkschaftlichen Grundsätzen zunächst zu Ende zu führen. Erst wenn ihr Ergebnis vorliegt, kann von der Gewerkschaftsleitung beschlossen werden, ob von der Gewerkschaftsleitung endgültig beschlossen werden, ob dieses Ergebnis genügt oder ob weitere Schritte zu ergreifen sind. Während der noch im Gange befindlichen Verhandlungen Streikaktionen zu unternehmen, wird als ungewerkschaftlich zurückgewiesen. Das Reichsverkehrsministerium wird ersucht, die eingeleiteten Verhandlungen im positiven Sinne mit Beschleunigung zum Abschluß zu bringen.

Die Leitung der Gewerkschaft hat das Vertrauen, daß die in ihren Mitgliedern bestehende Parole streikfreie Folge leisten und sich nicht von unbefonnenen Elementen in örtliche Bewegungen hineinzwingen lassen. Falls der Zeitpunkt kommen sollte, in dem seitens der Gewerkschaft zu Kampfmitteln gegriffen werden müßte, führt der Weg nicht über begrifflich angeschlossene Parole, sondern kann nur in einer einheitlichen von den Gewerkschaften möglichst gemeinsam zu betreibenden Aktion zum Ziele gebracht werden."

Die Streiklage.

Elberfeld, 29. Dezember. (W. T. B.) Die streikenden Eisenbahner haben heute nacht die Parole ausgegeben, den Streik mit aller Schärfe durchzuführen. Nur die Transporte der Interalliierten Kommission sollen von den Streikenden bewerkstelligt werden.

Der Ausstand erstreckt sich zurzeit bis Schwerte. Zwischen der Interalliierten Kommission und der Streikleitung wird zurzeit verhandelt. Vorher hatte die Interalliierte Kommission erklärt, daß sie keine Schwierigkeiten machen würde, wenn nur ihre Transporte restlos ausgeführt werden könnten, was sich aber doch Schwierigkeiten ergeben.

km. Elberfeld, 29. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die „Bergisch-Märkische Zeitung" meldet, ist der hier ausgebrochene Streik der Eisenbahnarbeiter nun tatsächlich von der freien Gewerkschaftsorganisation des Deutschen Eisenbahnerverbandes ausgelöscht worden. Der Verkehr im Direktionsbezirk Elberfeld ruht fast vollständig. Es verkehren nur noch ganz wenige Züge von und nach dem besetzten Gebiet. Innerhalb des unbesetzten Gebietes weisen die Züge allerdings fast zur keine Verspätte auf, da niemand weiß, ob und wann er wieder zu seinem Ausgangsort zurückgelangen kann. Der Güterverkehr auf den betreffenden Strecken ist gänzlich zum Erliegen gekommen. Die Beamtenschaft hält sich nach wie vor neutral.

Das Kabinett Take Jonescu.

Von unserem Korrespondenten.

sc. **Bukarest**, Ende Dezember.

Die Regierung Averescu ist über Nacht gestürzt worden und an Averescus Stelle ist Take Jonescu, „der große Europäer", wie man ihn hier ironisch nennt, gekommen, derselbe Take Jonescu, der während des Krieges und nach dem Friedensschluß die Seele der deutschfeindlichen Politik in Rumänien war.

Take Jonescu war im Ministerium Averescu als Außenminister tätig. Die Stellung verdankte er einzig und allein dem General, der ihn aus der Versenkung hervorgeholt hatte. Nicht, daß er der Stellung nicht gewachsen gewesen wäre: Take Jonescu ist und bleibt einer der fähigsten Köpfe des politischen Lebens in Rumänien. Aber seine Rolle war in den letzten Jahren ausgespielt, und es schien fast so, als ob es kein Morgenrot mehr für ihn geben könnte. Da bot der volkstümliche Mann des heutigen Rumänien, General Averescu, und verhalf ihm zur Auferstehung. Zum Dank hat er ihn gestürzt.

Es konnte schon lange innerhalb der Regierung. Der General konnte sich nicht allzu sehr um die einzelnen Ministerien kümmern, weil er weder Zeit, noch Verständnis, noch Geschick für politische Aufgaben hatte. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Wirtschaft stolperte, wenn in den verschiedenen Ministerien die Zeitungen und Weberwirtschaft sich breit machte. Frauen verkehrten unbehindert in den Ministerien, hatten überall Eintritt und erzielten allerlei Aus- und Einsicherungsbnisse. Niemand fürchtete die Verantwortung, niemand kümmerte sich um die öffentliche Meinung. Jeder wollte schnell reich werden und, wenn möglich, sein Schäfchen ins Trockene bringen, bevor die Steuerkollen des Finanzministers Titulescu es erfaßte.

Man tritt sich im Ministerrat, man tritt sich in den Parteiklubs und in öffentlichen Versammlungen. Man war unzufrieden, wenn man nicht genug erraffen konnte, und schimpfte auf die Regierung, damit diese dem Schimpfenden irgendeinen Knochen zuwerfe. Es bildeten sich Gruppen und Gruppchen innerhalb derselben Partei, die die Fundamente der Regierung langsam oder sicher erschütterten. Und außerhalb des Parlaments lauerten die Parteien der Zaranisten, der Avdeleni, der Liberalen und einige kleinere Gruppen. Wen sollte nun Averescu zuerst verschonen? —

Schon die Wiedereröffnung des Parlaments war angesichts des Vorsatzes der liberalen Partei ein entschiedenes Kunststück Averescus und seines Innenministers Argetoianu gewesen. Aber gleich nach Beginn der Tagung zeigte sich, daß die Beziehungen zwischen Averescu einerseits und Taksten andrerseits nicht, wie mit einer erspriesslichen Tätigkeit nicht gerechnet werden konnte. Die Taksiten behaupten heute, der General hätte sie nicht betrogen, als er die politische Verständigung mit den Taksiten schloß, um sie zurück ins Parlament zu bringen. Sie erklären entrüstet, man hätte ihnen zugesichert, mit dieser Partei, die sich vorhanden Gelegenheit bekommen verkörpere und der Krone gegenüber eine zweideutige Haltung einnehme, zusammenzuarbeiten. Sie wollten aber nicht mit Averescu gemeinsame Sache machen, die außerdem nach eine deutschfreundliche Politik empfehlen — die Taranisten haben sich wiederholt für eine nähere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland ausgesprochen und deshalb hätten Take Jonescu und sein Kollege, der Justizminister Antonescu demissioniert. Nun wollte Averescu diese beiden Minister durch andere ersetzen und bei dieser Gelegenheit die Basis seiner Regierung durch Heranziehung anderer Elemente aus den bürgerlichen Parteien verbreitern. Allein die Krone nahm diesen Stellung gegen Averescu, der somit gezwungen wurde, sämtliche Portefeuilles dem König zur Verfügung zu stellen. Nach der Mache, die sie im Parlament ausgeführt, sind die Taranisten und die Avdeleni die stärksten Oppositionsgruppen. Die Krone ging aber über diese Parteien hinweg und berief Take Jonescu, der — wie bereits erwähnt — keine Partei hinter sich hat.

Was bezweckt nun die Krone mit dieser Ernennung? Eine starke Regierung kann das Kabinett Take Jonescu keineswegs abgeben. Es fehlen ihm dazu die Persönlichkeiten und die Anhänger. Die angestrengtesten Versuche Take Jonescus, einige Persönlichkeiten zu sich zu gewinnen, blieben erfolglos. Er konnte keinen einzigen Namen von Klang dem König vorlegen und die Liste der Minister ist bunt. Außerdem wollte die Krone das Parlament nicht auflösen und die Mitglieder der Majorität, sowie die Taranisten sind, die einen offen, die anderen stillschweigend, gegen das jetzige Kabinett. Also weshalb ein Kabinett Take Jonescu?

Die Absicht der Krone war, ein „Ministerpausenkabinett", ein cabinet de détente", zu bilden. Um diesem Kabinett die Zeit zu geben, eine wirkliche „détente" zu erzielen, hat man das Parlament um einen Monat vertagt, so daß die Zeit bis zum 17. Januar, dem Datum der Wiedereröffnung des Parlaments, eine Art Galgenfrist für das Kabinett Take Jonescu bedeutet. Gelingt ihm während dieser Zeit nicht die „détente" zu vertwirklichen oder sich eine genügende Majorität im Parlament zu sichern, so wird er gehen müssen, um entweder einer neuerlichen Regierung Platz zu machen oder aber den Liberalen, die jetzt eine kluge Zurückhaltung üben.

Eine fiebernde Regierung wäre aber heute der Beginn unbeschränkter innerpolitischer Komplikationen in Rumänien, da diese wohlbisziplinierte Partei am Gipfel ihrer Unpopularität angelangt ist, unabsehbare wegen ihrer arbeiterfeindlichen Maßnahmen. Und dennoch scheint die Krone — so schreiben die meisten politischen Blätter — dahin treiben zu wollen, indem sie die verschiedenen politischen Persönlichkeiten eine nach der anderen abnützt und gegeneinander ausspielt, um dann unbehindert Bratianu wiederzurufen. Es wird bereits jetzt mit dieser Möglichkeit gerechnet und nur die Abneigung gegen Bratianu war die Ursache, daß die meisten Parteien der Bildung des Kabinetts Take Jonescu mitzig zustimmen.